

Innenstädte quälen, sondern zufrieden am heimischen Computer ihrem Arbeitgeber hohe Mieten sparen. Waren und Dienstleistungen jeglicher Art werden für den Konsumenten von morgen am Bildschirm des Computers oder Fernsehapparates zu bestellen sein; 24 Stunden am Tag werden sich Nachrichten aus der ganzen Welt, Filme, Musik per Fernbedienung abrufen lassen. Behördengänge und Arztbesuche werden überflüssig. Der Schüler von morgen wird seine Hausaufgaben im Datennetz recherchieren, vertraut mit fremden Ländern im digitalen Schüleraustausch. Kreativ und multimedial motiviert.

Gespart wird auch nicht an gesellschaftlichen Visionen: Unser ganzes Wissensgebäude wird sich grundlegend ändern, wenn Informationen aus allen Datenbanken dieser Welt blitzschnell zusammengeführt und verknüpft werden. Datenautobahnen stiften ein weltweites Sozialgefüge; gesellschaftliche Machtgefüge werden erschüttert, sind Informationen aller Art erst für jeden im freien Zugriff verfügbar.

Die *Skeptiker* und *Mahner* sehen dagegen nur noch den nun endgültig an den Fernsehapparat gefesselten Zeitgenossen: total vereinzelt, sozial isoliert, der sinnlich erfahrbaren Welt entzogen, authentischer Lernerfahrungen endgültig beraubt, multimedial nach und nach zum Autisten mutierend – eine Gesellschaft vor dem Bildschirm.

Für den „Teleshopper“ fällt der Plausch mit dem Nachbarn beim Einkaufen weg. Verklärend fällt der Blick auf das alte „Nullmedium“ Fernsehen (*Hans Magnus Enzensberger*): der gemeinsam in der Familie und unter Kollegen geschauten Film hatte doch noch die persönliche, unmittelbare Kommunikation ermöglicht. Auch dies wird bald vorbei sein, wenn jeder erst einmal sein eigenes individuelles Informations- und Unterhaltungsprogramm am Computer-Fernsehen gestaltet.

Schon zeichnen sich andere wenig verheißungsvolle Entwicklungen ab: Die Teilnahme an Datennetzen wie „Internet“ ist sündhaft teuer – entsteht hier nicht erst recht eine exklusive „Info-

elite“? Politische Extremisten treiben Propaganda, der Informationsfluß in den Datennetzen bleibt ohne jede politische Kontrolle. Perverse aller Art mißbrauchen die Anonymität der Infolnetze zum Austausch ihrer Schmuttelbotschaften. Das wohl schlagendste Argument auf der Seite der Skeptiker aber ist die Frage: Wozu dient eine nicht mehr überschaubare Fülle von Informationen und Daten? Ist der einzelne mit der sinnvollen Selektion nicht total überfordert? Läßt sich bei diesen Informationsmengen überhaupt noch sinnvoll von Informationen sprechen?

Die digitale Revolution scheint in jedem Fall ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang zu sein. Viel ist derzeit von hart umkämpften Märkten zu lesen, von Medienkonzernen und Computerherstellern, die alle etwas vom multimedialen Kuchen abschneiden, beziehungsweise am weltweiten Netz mitspinnen wollen. Technisch Mögliches und Unmögliches wird diskutiert. Wenig dagegen ist bisher von der sozialen und politischen Gestaltung der „Informationsgesellschaft“ zu lesen. Spätestens wenn die 50 Prozent der Bundesdeutschen, die von der Mediawelle bisher überrollt wurden, einmal aufgetaucht sind, steht die Diskussion über die Regeln des Zusammenlebens im „global village“ an. fo

Unvermeidlich

Kritik am Sozialwort der Kirchen

Mit Kritik an der vorliegenden Gesprächsgrundlage zum Sozialwort der Kirchen hielt man sich nicht zurück beim „Wissenschaftlichen Forum“, zu dem die zuständigen Verantwortlichen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz am 12. September nach Bonn einluden. Viele der von den Kirchen entwickelten Thesen hielten einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand, meinte der Vorsitzende des Sachverständigenrates der Bundesre-

gierung, Professor *Herbert Hax*, in seiner Stellungnahme aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. Hax empfahl den Kirchen, sich zunächst darüber klar zu werden, was sie mit dem Diskussionspapier eigentlich wollten. Wenn sie nur grundsätzlich moralische Postulate erhöhen, die in der Politik nicht umstritten seien, stelle sich die Frage, wozu ein solcher Appell dienen solle.

Wenn sie sich mit konkreten Vorschlägen für die Lösung politischer Probleme wie die Arbeitslosigkeit einmischten hätten sie nicht dieselbe Autorität, die ihnen in Fragen der Glaubens- und Sittenlehre zukomme. Den Kirchen sei zwar nicht verwehrt, sich auch zu politischen Einzelproblemen zu äußern. Sie müßten jedoch berücksichtigen, daß ihre Forderungen als „moralische Gebote“ mißverstanden und – sofern opportun – zitiert würden.

Daß durchaus nicht alle Äußerungen an diesem Tag so kritisch ausfielen und daß auch mancher Kritiker nicht nur Kritisches zum Konsultationsprozeß der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland sagte, ist zwar auch richtig, soll den Gesamteindruck aber durchaus nicht positiver machen als er tatsächlich ausfiel.

Daß massive Kritik dieser Art kommen würde, ja daß – wie Herbert Hax dies tat – die Frage nach Sinn und Zweck eines Wortes der Kirchen gestellt würde, war voraussehbar. Und es ist unvermeidlich. Jedem, der sich dafür einsetzte, daß sich die Kirchen, zunächst die katholische, dann auch die evangelische Kirche, zu diesem Konsultationsprozeß entschlossen, mußte klar sein, daß man an diesen Punkt kommen würde.

Letztlich geht es jetzt und geht es in ähnlichen Zusammenhängen immer wieder um die Frage: Worin besteht eigentlich die Kompetenz der Kirchen, sich zu politisch-sozialethischen Fragen zu äußern? Sobald sie sich mit konkreten Vorschlägen hinauswagen, müssen sie gewärtigen, daß sie von Politik und Wissenschaft behandelt werden wie jede andere gesellschaftliche Gruppe, die dies tut.

Was zählt, ist das überprüfbare Argu-

ment. Mit einem ritualisierten Lob dafür, daß sie den Konsultationsprozeß zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland begonnen haben, können sich die Kirchen nicht zufriedengeben. Insofern kann man über diese harsche Kritik im Grunde froher sein als über manche Freundlichkeit, die möglicherweise auch geäußert wird, weil es der eine oder andere für opportun hält, es sich mit den Kirchen nicht zu verderben. Den Kirchen muß daran gelegen sein, daß sie in ihrem geplanten Wort nicht Forderungen erheben und Thesen aufstellen, die in Politik und Wissenschaft leicht vom Tisch gewischt werden.

Die Kirchen haben indes auch keinen Anlaß, sich von soviel Infragestellung ins Bockshorn jagen zu lassen. Die anwesenden Kirchenvertreter, unter ihnen der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof *Engelhardt*, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Lehmann*, demonstrieren im Bonner Wissenschaftszentrum trotz der Kritik *Gelassenheit*. Zu Recht. Die Alternative lautet nämlich nicht: hier das Votum der Wissenschaft, dort die Erinnerung an allgemeine moralische Grundsätze, die sich aber aus konkreten Fragen heraushalten.

Erstens ist das Votum der Wissenschaft keineswegs so eindeutig und einheitlich, wie es mancher Wissenschaftler gerne hinstellt. Teilnehmer des Bonner Forums kritisierten nicht zufällig die wenig ausgewogene Präsenz des wirtschaftswissenschaftlichen Sachverständigen, mit anderen Worten: das Fehlen „linker“ Positionen. Zum anderen erschöpft sich Wirtschaftsethik nicht im Aufstellen allgemeiner Maximen, denen ohnehin alle zustimmen, als ob das Wirtschaften von gewissermaßen *naturhaften Sachzwängen* beherrscht würde, die in Frage zu stellen bestenfalls idealistisch oder gut gemeint genannt zu werden verdient.

Politisch werden für das Wirtschaften Rahmenbedingungen definiert, in die – ob man sich dessen im einzelnen bewußt ist oder nicht – *Werthaltungen*

eingehen. Diese freizulegen, sie zu benennen, Defizite aufzuspüren, alternative Konzepte anzudenken, könnte die Aufgabe der Kirchen in diesem Bereich sein. In dieser Hinsicht wünschte man sich das geplante Wort der Kirchen eher kritischer, als dies bei der bisher vorliegenden 50seitigen Diskussionsgrundlage der Fall ist.

Die harsche Kritik aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht könnte ein erneuter Anstoß sein, vielleicht doch noch einmal intensiv darüber nachzudenken, worin denn nun diejenige Art von Einspruch bestehen könnte, die man zu Recht von den Kirchen erwartet – ohne daß man zu allgemein bleibt und ohne daß man sich auf ein Terrain vorwagt, auf dem man zu Recht unterschiedlicher Meinung sein kann. Wenn der Konsultationsprozeß deswegen etwas länger als zunächst geplant dauern sollte, müßte dies kein Hindernis sein. Ein erfolgreicher Abschluß des Konsultationsprozesses hätte weit über den Prozeß und das Thema hinaus grundsätzliche Bedeutung. Das sollte es wert sein, keine falsche Eile aufkommen zu lassen. *nt*

Einschnitt

Die Kirche von Schweden löst ihre Verflechtung mit dem Staat

Das Verhältnis von Kirche und Staat in Schweden erhält in den kommenden Jahren eine neue rechtliche Grundlage; die seit der Einführung der Reformation bestehende enge Verflechtung zwischen der lutherischen „Kirche von Schweden“, der heute etwa 85 Prozent der Bevölkerung angehören, und dem Staat soll weitgehend abgebaut werden. Ende August stimmte die 251 Mitglieder umfassende Synode der schwedischen Kirche einem entsprechenden Entwurf der Regierung zu, hinter dem alle Parteien im Reichstag stehen. Gesetze zur Konkretisierung dieser Grundsatzentscheidung werden folgen.

Über eine Änderung des Verhältnisses von Kirche und Staat wird in Schweden seit längerer Zeit diskutiert. So gab es schon 1978 Vorschläge für eine weitgehende Trennung von Kirche und Staat. Vier Jahre später einigte man sich auf eine neue Aufgabenteilung zwischen kirchlichen und staatlichen Instanzen: Seither hat die Synode das Recht, in innerkirchlichen Angelegenheiten (Lehre, Gottesdienst, Sakramentenverwaltung, Mission und Diakonie) eigenständig zu entscheiden, während für die strukturell-rechtlichen Fragen der Reichstag zuständig ist, dem allein die kirchliche Gesetzgebungskompetenz zukommt. 1991 wurde das Meldewesen, das bislang bei den Gemeinden der schwedischen Kirche lag, auf die staatlichen Steuerbehörden übertragen.

Ein 1992 vorgelegter Regierungsbericht zum Verhältnis von Staat und Kirche schlug drei Möglichkeiten für die künftige Zuordnung vor, neben der Beibehaltung des bisherigen staatskirchlichen Systems die völlige Trennung von Kirche und Staat sowie einen Mittelweg zwischen den beiden Extremen. Für einen solchen *Mittelweg* hat man sich jetzt entschieden. So soll etwa an die Stelle der bisherigen Kirchensteuer ein mit Hilfe staatlicher Stellen einzuziehender kirchlicher Mitgliedsbeitrag treten; die schwedische Kirche soll auch in Zukunft einen noch genauer festzulegenden öffentlich-rechtlichen Status haben, ihre Angelegenheiten aber ohne staatliches Plazet selbständig regeln.

Schweden ist nicht das einzige Land Europas, in dem sich staatskirchliche Elemente bis auf den heutigen Tag gehalten haben. In allen skandinavischen Ländern bestehen derzeit mehr oder weniger weitgehende staatliche Aufsichts- und Einwirkungsrechte gegenüber der lutherischen Kirche. Die Bandbreite reicht hier von Finnland, wo die Kirche inzwischen weitgehend selbständig ist, bis zu Dänemark, dessen System eine weitgehende Autonomie der einzelnen Gemeinden der lutherischen „Volkskirche“ mit einer ausschließlichen Leitung der Kirche